

01 FEB 2005
PCT/PTD

VERTRAG ÜBER DIE INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT AUF DEM GEBIET DES PATENTWESENS

PCT

INTERNATIONALER VORLÄUFIGER PRÜFUNGSBERICHT

(Artikel 36 und Regel 70 PCT)

REC'D 05 MAY 2004

WIPO PCT

Aktenzeichen des Anmelders oder Anwalts 2002P10550WO	WEITERES VORGEHEN siehe Mitteilung über die Übersendung des internationalen vorläufigen Prüfungsberichts (Formblatt PCT/PEA/416)	
Internationales Aktenzeichen PCT/EP 03/07280	Internationales Anmeldedatum (Tag/Monat/Jahr) 07.07.2003	Prioritätsdatum (Tag/Monat/Jahr) 02.08.2002
Internationale Patentklassifikation (IPK) oder nationale Klassifikation und IPK H04L12/58, H04L12/58		
Anmelder SIEMENS AKTIENGESELLSCHAFT		

1. Dieser internationale vorläufige Prüfungsbericht wurde von der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde erstellt und wird dem Anmelder gemäß Artikel 36 übermittelt.

2. Dieser BERICHT umfaßt insgesamt 5 Blätter einschließlich dieses Deckblatts.

- ☒ Außerdem liegen dem Bericht ANLAGEN bei; dabei handelt es sich um Blätter mit Beschreibungen, Ansprüchen und/oder Zeichnungen, die geändert wurden und diesem Bericht zugrunde liegen, und/oder Blätter mit vor dieser Behörde vorgenommenen Berichtigungen (siehe Regel 70.16 und Abschnitt 607 der Verwaltungsrichtlinien zum PCT).

Diese Anlagen umfassen insgesamt 6 Blätter.

3. Dieser Bericht enthält Angaben zu folgenden Punkten:

- I ☒ Grundlage des Bescheids
- II ☐ Priorität
- III ☐ Keine Erstellung eines Gutachtens über Neuheit, erfinderische Tätigkeit und gewerbliche Anwendbarkeit
- IV ☐ Mangelnde Einheitlichkeit der Erfindung
- V ☒ Begründete Feststellung nach Regel 66.2 a)ii) hinsichtlich der Neuheit, der erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung
- VI ☐ Bestimmte angeführte Unterlagen
- VII ☐ Bestimmte Mängel der internationalen Anmeldung
- VIII ☐ Bestimmte Bemerkungen zur internationalen Anmeldung

Datum der Einreichung des Antrags 05.09.2003	Datum der Fertigstellung dieses Berichts 03.05.2004
Name und Postanschrift der mit der internationalen Prüfung beauftragten Behörde Europäisches Patentamt - P.B. 5818 Patentlaan 2 NL-2280 HV Rijswijk - Pays Bas Tel. +31 70 340 - 2040 Tx: 31 651 epo nl Fax: +31 70 340 - 3016	Bevollmächtigter Bediensteter Baas, G Tel. +31 70 340-4024

I. Grundlage des Berichts

1. Hinsichtlich der **Bestandteile** der internationalen Anmeldung (*Ersatzblätter, die dem Anmeldeamt auf eine Aufforderung nach Artikel 14 hin vorgelegt wurden, gelten im Rahmen dieses Berichts als "ursprünglich eingereicht" und sind ihm nicht beigefügt, weil sie keine Änderungen enthalten (Regeln 70.16 und 70.17))*:

Beschreibung, Seiten

1-18 in der ursprünglich eingereichten Fassung

Ansprüche, Nr.

1-22 eingegangen am 08.04.2004 mit Schreiben vom 07.04.2004

Zeichnungen, Blätter

1/5-5/5 in der ursprünglich eingereichten Fassung

2. Hinsichtlich der **Sprache**: Alle vorstehend genannten Bestandteile standen der Behörde in der Sprache, in der die internationale Anmeldung eingereicht worden ist, zur Verfügung oder wurden in dieser eingereicht, sofern unter diesem Punkt nichts anderes angegeben ist.

Die Bestandteile standen der Behörde in der Sprache: zur Verfügung bzw. wurden in dieser Sprache eingereicht; dabei handelt es sich um:

- ☐ die Sprache der Übersetzung, die für die Zwecke der internationalen Recherche eingereicht worden ist (nach Regel 23.1(b)).
- ☐ die Veröffentlichungssprache der internationalen Anmeldung (nach Regel 48.3(b)).
- ☐ die Sprache der Übersetzung, die für die Zwecke der internationalen vorläufigen Prüfung eingereicht worden ist (nach Regel 55.2 und/oder 55.3).

3. Hinsichtlich der in der internationalen Anmeldung offenbarten **Nucleotid- und/oder Aminosäuresequenz** ist die internationale vorläufige Prüfung auf der Grundlage des Sequenzprotokolls durchgeführt worden, das:

- ☐ in der internationalen Anmeldung in schriftlicher Form enthalten ist.
- ☐ zusammen mit der internationalen Anmeldung in computerlesbarer Form eingereicht worden ist.
- ☐ bei der Behörde nachträglich in schriftlicher Form eingereicht worden ist.
- ☐ bei der Behörde nachträglich in computerlesbarer Form eingereicht worden ist.
- ☐ Die Erklärung, daß das nachträglich eingereichte schriftliche Sequenzprotokoll nicht über den Offenbarungsgehalt der internationalen Anmeldung im Anmeldezeitpunkt hinausgeht, wurde vorgelegt.
- ☐ Die Erklärung, daß die in computerlesbarer Form erfassten Informationen dem schriftlichen Sequenzprotokoll entsprechen, wurde vorgelegt.

4. Aufgrund der Änderungen sind folgende Unterlagen fortgefallen:

- ☐ Beschreibung, Seiten:
- ☐ Ansprüche, Nr.:
- ☐ Zeichnungen, Blatt:

**INTERNATIONALER VORLÄUFIGER
PRÜFUNGSBERICHT**

Internationales Aktenzeichen PCT/EP 03/07280

5. ☐ Dieser Bericht ist ohne Berücksichtigung (von einigen) der Änderungen erstellt worden, da diese aus den angegebenen Gründen nach Auffassung der Behörde über den Offenbarungsgehalt in der ursprünglich eingereichten Fassung hinausgehen (Regel 70.2(c)).

(Auf Ersatzblätter, die solche Änderungen enthalten, ist unter Punkt 1 hinzuweisen; sie sind diesem Bericht beizufügen.)

6. Etwaige zusätzliche Bemerkungen:

V. Begründete Feststellung nach Artikel 35(2) hinsichtlich der Neuheit, der erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung

1. Feststellung
- | | |
|--------------------------------|---------------------|
| Neuheit (N) | Ja: Ansprüche 1-21 |
| | Nein: Ansprüche 22 |
| Erfinderische Tätigkeit (IS) | Ja: Ansprüche 1-21 |
| | Nein: Ansprüche 22 |
| Gewerbliche Anwendbarkeit (IA) | Ja: Ansprüche: 1-22 |
| | Nein: Ansprüche: |

2. Unterlagen und Erklärungen:

siehe Beiblatt

Zu Punkt V

Begründete Feststellung nach Artikel 35(2) hinsichtlich der Neuheit, der erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung

Es wird auf das folgende Dokument verwiesen:

D1: WO 01/91487 A (KAMIYAMA HIROYUKI ;MAAS FEDOR (JP); WANAMI
ATSUSHI (JP); ERICSSON) 29. November 2001 (2001-11-29)

Dokument D1, das als nächstliegender Stand der Technik angesehen wird, offenbart wie in Anspruch 1 beansprucht (die Verweise in Klammern beziehen sich auf dieses Dokument): ein Verfahren zum Blockieren von unerwünschten Nachrichten in einem Mobilfunksystem, aufweisend die Verfahrensschritte: Übertragen einer Nachricht von einem Absender an einen Sender, Übertragen der Nachricht von dem Sender an einen Dienstleistungsanbieter, und Übertragen der Nachricht von dem Dienstleistungsanbieter an einen Empfänger, wobei der Empfänger von dem Dienstleistungsanbieter bedient wird, wobei die Übertragung der Nachricht von dem Dienstleistungsanbieter an den Empfänger nur dann erfolgt, falls der Absender nicht in einer Ausschlussliste steht (siehe Figuren 2 und 3).

Die mit der vorliegenden Erfindung zu lösende Aufgabe ist eine individuelle Blockierung von unerwünschten Nachrichten zu ermöglichen, ohne dass der Empfänger über die Identität des Absenders verfügt.

Die Lösung zu dieser Aufgabe wird von den folgenden Merkmalen herbeigeführt: in einer ersten Ausführung nach Anspruch 1 empfängt der Empfänger die Nachricht anonym und teilt er dem Dienstleistungsanbieter mit, wenn er den Absender der Nachricht auf die Ausschlussliste setzen lassen will. Die Mitteilung an den Dienstleistungsanbieter beinhaltet eine Nachrichtenkennung, aus dem der Dienstleistungsanbieter die Identität des Absenders bestimmen kann. Es handelt sich bei der Nachrichtenkennung um eine Referenz auf dem Speicherplatz der Nachricht oder um ein Nachrichtenidentifikationselement. In einer zweiten Ausführung nach Anspruch 2 empfängt der Empfänger die Nachricht mit einem Alias-Namen und teilt er dem Dienstleistungsanbieter mit, wenn er den Absender der Nachricht auf die Ausschlussliste setzen lassen will. Die Mitteilung an den Dienstleistungsanbieter beinhaltet den Alias-Namen als Identifikationssignal.

Diese Merkmale werden nicht von dem verfügbaren Stand der Technik veröffentlicht und sind auch nicht ohne erfinderischen Tätigkeit hieraus ableitbar. Dokument D1 offenbart gar nicht, dass der Empfänger die Nachricht anonym oder mit einem Alias-Namen empfängt. Das Dokument D1 offenbart nur, dass die Identität des Absenders der letzten Nachricht auf der Ausschlussliste gesetzt werden kann. Das wird aber unter Benutzung von "Voice Guidance" gemacht und nicht durch die Übertragung eines Identifikationssignals. Der Fachmann würde daher in keinem Fall das beanspruchte Verfahren aus dem verfügbaren Stand der Technik ableiten.

Das Verfahren der Ansprüche 1 und 2 ist daher neu und erfinderisch, und damit erfüllen Ansprüche 1 und 2 die in Artikel 33(2) und 33(3) PCT genannten Kriterien.

Ansprüche 11 und 12 sind Ansprüche, die sich auf ein System beziehen und technisch äquivalent sind mit den Verfahrensansprüchen 1 und 2. Aus denselben Gründen, die schon im Bezug auf Ansprüche 1 und 2 aufgezeigt worden sind, sind Ansprüche 11 und 12 neu und erfinderisch und erfüllen damit die in Artikel 33(2) und 33(3) PCT genannten Kriterien.

Die abhängigen Ansprüche 3-10 und 13-21 sind abhängig von den Ansprüchen 1, 2, 11 und 12, und damit erfüllen diese Ansprüche auch die in Artikel 33(2) und 33(3) PCT genannten Kriterien.

Anspruch 22 bezieht sich auf eine Sende-/Empfangsvorrichtung, insbesondere eine Mobilfunkbasisstation **zur Verwendung** bei einem Verfahren oder in einem System nach einer der vorgehenden Ansprüche. Bei solch einem Verfahren oder in solch einem System werden aber übliche Basisstationen **nach dem Stand der Technik**, also ohne Anpassungen verwendet. Daher, ist Anspruch 22 nicht neu und erfüllt damit nicht die in Artikel 33(2) PCT genannten Kriterien.

Patentansprüche

1. Verfahren zum Blockieren von unerwünschten Nachrichten (MMs) in einem Mobilfunksystem, aufweisend die Verfahrensschritte:

- Übertragen einer Nachricht von einem Absender (MMS UA A) an einen Sender (MMS R/S A),
- Übertragen der Nachricht von dem Sender (MMS R/S A) an einen Dienstleistungsanbieter (MMSE SP B), und
- Übertragen der Nachricht von dem Dienstleistungsanbieter (MMSE SP B) an einen Empfänger (MMS UA B), wobei der Empfänger von dem Dienstleistungsanbieter bedient wird, wobei die Übertragung der Nachricht von dem Dienstleistungsanbieter an den Empfänger nur dann erfolgt, falls der Absender nicht in einer Ausschlussliste steht, wobei der Empfänger (MMS UA B) die Nachricht anonym empfängt und er dem Dienstleistungsanbieter (MMSE SP B) mitteilt, wenn er den Absender (MMS UA A) der Nachricht auf die Ausschlussliste setzen lassen will, wobei die Mitteilung an den Dienstleistungsanbieter eine Nachrichten-Kennung als Identifikationssignal beinhaltet, aus der der Dienstleistungsanbieter (MMSE SP B) die Identität des Absenders (MMS UA A) bestimmen kann, wobei es sich bei der Nachrichten-Kennung um eine Referenz auf den Speicherplatz der Nachricht URI oder um ein Nachrichten-Identifikationselement Message-ID handelt.

2. Verfahren zum Blockieren von unerwünschten Nachrichten (MMs) in einem Mobilfunksystem, aufweisend die Verfahrensschritte:

- Übertragen einer Nachricht von einem Absender (MMS UA A) an einen Sender (MMS R/S A),
- Übertragen der Nachricht von dem Sender (MMS R/S A) an einen Dienstleistungsanbieter (MMSE SP B), und
- Übertragen der Nachricht von dem Dienstleistungsanbieter (MMSE SP B) an einen Empfänger (MMS UA B), wobei der Empfänger von dem Dienstleistungsanbieter bedient wird,

wobei die Übertragung der Nachricht von dem Dienstleistungsanbieter an den Empfänger nur dann erfolgt, falls der Absender nicht in einer Ausschlussliste steht, wobei der Empfänger (MMS UA B) die Nachricht mit einem Alias-Namen empfängt, und er dem Dienstleistungsanbieter (MMSE SP B) mitteilt, wenn er den Absender (MMS UA A) der Nachricht auf die Ausschlussliste setzen lassen will, und wobei die Mitteilung an den Dienstleistungsanbieter den Alias-Name als Identifikationssignal beinhaltet.

3. Verfahren nach einem der Ansprüche 1 oder 2, dadurch gekennzeichnet, dass die Ausschlussliste beim Dienstleistungsanbieter verwaltet wird.
4. Verfahren nach einem der vorhergehenden Ansprüche, dadurch gekennzeichnet, dass die Ausschlussliste eine persönliche, individuelle Ausschlussliste des Empfängers ist.
5. Verfahren nach einem der Ansprüche 1 bis 3, dadurch gekennzeichnet, dass die Ausschlussliste eine allgemeine Ausschlussliste ist, welche für alle Empfänger und/oder Gruppen von Empfängern berücksichtigt wird.
6. Verfahren nach einem der vorhergehenden Ansprüche, dadurch gekennzeichnet, dass der Empfänger dem Dienstleistungsanbieter mitteilt, wenn er einen Absender auf die Ausschlussliste setzen lassen will.
7. Verfahren nach Anspruch 6, dadurch gekennzeichnet, dass die Mitteilung an den Dienstleistungsanbieter als eigenständige Abstract Message ausgebildet ist.

8. Verfahren nach Anspruch 7,

d a d u r c h g e k e n n z e i c h n e t, d a s s
die Mitteilung an den Dienstleistungsanbieter in Form ei-
nes Informationselementes in der Abstract Message integ-
riert ist.

9. Verfahren nach einem der Ansprüche 6 bis 8,

d a d u r c h g e k e n n z e i c h n e t, d a s s
die Mitteilung an den Dienstleistungsanbieter in einer
Multimedia Message (MM), insbesondere in deren Nutzdaten,
enthalten ist.

10. Verfahren nach einem der Ansprüche 6 bis 9,

d a d u r c h g e k e n n z e i c h n e t, d a s s
die Mitteilung an den Dienstleistungsanbieter weitere In-
formationen für die Filter-Funktionalität, insbesondere
Art der Ausschlussliste und/oder zeitliche Beschränkungen,
enthält.

11. System zum Blockieren von unerwünschten Nachrichten (MM)
in einem Mobilfunksystem, aufweisend:

- einen Sender (MMS R/S A), welcher geeignet ist, eine
Nachricht von einem Absender (MMS UA A) zu übertragen,
- einen Dienstleistungsanbieter (MMSE SP B), welcher ge-
eignet ist, die Nachricht von dem Sender (MMS R/S A) zu
empfangen, und
- einen von dem Dienstleistungsanbieter (MMSE SP B) be-
dienten Empfänger (MMS UA B), wobei der Empfänger geeig-
net ist, die Nachricht von dem Dienstleistungsanbieter
(MMSE SP B) zu empfangen,

wobei der Dienstleistungsanbieter geeignet ist, die Nach-
richt an den Empfänger nur dann zu übertragen, falls der
Absender nicht in einer Ausschlussliste steht,

wobei der Empfänger geeignet ist, (MMS UA B) die Nachricht
anonym zu empfangen und er dem Dienstleistungsanbieter
(MMSE SP B) mitteilt, wenn er den Absender (MMS UA A) der
Nachricht auf die Ausschlussliste setzen lassen will, wo-

bei die Mitteilung an den Dienstleistungsanbieter eine Nachrichten-Kennung als Identifikationssignal beinhaltet, aus der der Dienstleistungsanbieter (MMSE SP B) die Identität des Absenders (MMS UA A) bestimmen kann, wobei es
5 sich bei der Nachrichten-Kennung um eine Referenz auf den Speicherplatz der Nachricht URI oder um ein Nachrichten-Identifikationselement Message-ID handelt.

12. System zum Blockieren von unerwünschten Nachrichten (MM)
10 in einem Mobilfunksystem, aufweisend:

- einen Sender (MMS R/S A), welcher geeignet ist, eine Nachricht von einem Absender (MMS UA A) zu übertragen,
- einen Dienstleistungsanbieter (MMSE SP B), welcher geeignet ist, die Nachricht von dem Sender (MMS R/S A) zu
15 empfangen, und
- einen von dem Dienstleistungsanbieter (MMSE SP B) bedienten Empfänger (MMS UA B), wobei der Empfänger geeignet ist, die Nachricht von dem Dienstleistungsanbieter (MMSE SP B) zu empfangen,

20 wobei der Dienstleistungsanbieter geeignet ist, die Nachricht an den Empfänger nur dann zu übertragen, falls der Absender nicht in einer Ausschlussliste steht, wobei die Übertragung der Nachricht von dem Dienstleistungsanbieter an den Empfänger nur dann erfolgt, falls der Absender
25 nicht in einer Ausschlussliste steht, wobei der Empfänger (MMS UA B) geeignet ist, die Nachricht mit einem Alias-Namen zu empfangen, und er dem Dienstleistungsanbieter (MMSE SP B) mitteilt, wenn er den Absender (MMS UA A) der Nachricht auf die Ausschlussliste setzen
30 lassen will, und wobei die Mitteilung an den Dienstleistungsanbieter den Alias-Name als Identifikationssignal beinhaltet

13. System nach einem der Ansprüche 11 oder 12,
35 d a d u r c h g e k e n n z e i c h n e t, d a s s das der Dienstleistungsanbieter geeignet ist, die Ausschlussliste zu verwalten.

14. System nach einem der Ansprüche 11 bis 13,
dadurch gekennzeichnet, dass
die Ausschlussliste eine persönliche, individuelle Aus-
schlussliste des Empfängers ist.
15. System nach einem der Ansprüche 11 bis 13,
dadurch gekennzeichnet, dass
die Ausschlussliste eine allgemeine Ausschlussliste ist,
welche für alle Empfänger und/oder Gruppen von Empfängern
berücksichtigt wird.
16. System nach einem der Ansprüche 11 bis 15,
dadurch gekennzeichnet, dass
der Empfänger dem Dienstleistungsanbieter mitteilt, wenn
er einen Absender auf die Ausschlussliste setzen lassen
will.
17. System nach Anspruch 16,
dadurch gekennzeichnet, dass
die Mitteilung an den Dienstleistungsanbieter als eigen-
ständige Abstract Message ausgebildet ist.
18. System nach Anspruch 17,
dadurch gekennzeichnet, dass
die Mitteilung an den Dienstleistungsanbieter in Form ei-
nes Informationselementes in der Abstract Message integ-
riert ist.
19. System nach einem der Ansprüche 16 bis 18,
dadurch gekennzeichnet, dass
die Mitteilung an den Dienstleistungsanbieter in einer
Multimedia Message (MM), insbesondere in deren Nutzdaten,
enthalten ist.
20. System nach einem der Ansprüche 16 bis 19,
dadurch gekennzeichnet, dass

die Mitteilung an den Dienstleistungsanbieter weitere Informationen für die Filter-Funktionalität, insbesondere Art der Ausschlussliste und/oder zeitliche Beschränkungen, enthält.

5

21. Endgerät, insbesondere Mobilfunk-Endgerät, zur Verwendung bei einem Verfahren nach einem der Ansprüche 1 bis 10 und/oder zur Verwendung in einem System nach einem der Ansprüche 11 bis 20.

10

22. Sende-/Empfangsvorrichtung, insbesondere Mobilfunk-Basisstation, zur Verwendung bei einem Verfahren nach einem der Ansprüche 1 bis 10 und/oder zur Verwendung in einem System nach einem der Ansprüche 11 bis 20.